Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/5381

14. 06. 76

Sachgebiet 78

Bericht und Antrag

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (10. Ausschuß)

zu dem von der Bundesregierung zur Unterrichtung vorgelegten Vorschlag einer Richtlinie des Rates zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend das Inverkehrbringen von Ammoniumnitrat-Einnährstoffdüngemittel — Drucksache 7/4589 —

A. Problem

Ammoniumnitrat ist der wesentliche Bestandteil einer Reihe von Erzeugnissen, von denen einige zur Verwendung als Düngemittel, andere als Sprengstoffe bestimmt sind. Für das Inverkehrbringen solcher Düngemittel bestehen in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedliche Vorschriften, die den Handel innerhalb der EWG behindern. Hauptkriterium für die Beurteilung eines entsprechenden Düngemittels ist die Detonationsgefahr. Solche Düngemittel-Gemische sollten daher vor dem Inverkehrbringen in bestimmten Abständen einem Detonationstest unterzogen werden.

B. Lösung

Die Vorschriften der Mitgliedstaaten über Detonationstests sollen vereinheitlicht werden.

Einmütige Kenntnisnahme

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn 1
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad-Godesberg 1, Postfach 821, Goethestraße 56, Telefon (0 22 21) 36 35 51

A. Bericht des Abgeordneten Sauter (Epfendorf)

Der Vorschlag der EG-Kommission wurde von der Frau Präsidentin mit Schreiben vom 23. Januar 1976 an den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten überwiesen.

Der Ausschuß hat den Vorschlag in seiner Sitzung am 2. Juni 1976 zur Kenntnis genommen. Er war jedoch der Auffassung, daß die in Artikel 8 des Vorschlags vorgesehenen Anpassungen der Anhänge der Richtlinie an den technischen Fortschritt nicht nach dem Ausschußverfahren von der Kommission durchgeführt werden, sondern jeweils durch Ratsbeschluß. Ferner darf die Angleichung der Rechtsvorschriften nach Auffassung des Ausschusses auf keinen Fall zu einer zusätzlichen Gefährdung von Personen oder Sachen führen.

Namens des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bitte ich, den Vorschlag mit der Maßgabe zur Kenntnis zu nehmen, daß die Anpassungen der Anhänge nach Artikel 8 durch Ratsbeschluß erfolgen.

Bonn, den 4. Juni 1976

Sauter (Epfendorf)
Berichterstatter

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,

den Vorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften — Drucksache 7/4589 — mit der Maßgabe zur Kenntnis zu nehmen, daß die Bundesregierung ersucht wird, bei den weiteren Verhandlungen in Brüssel darauf hinzuwirken, daß die in Artikel 8 vorgesehenen Anpassungen der Anhänge an den technischen Fortschritt nicht im Ausschußverfahren bei der Kommission vorgenommen werden, sondern durch Beschluß des Rates.

Bonn, den 4. Juni 1976

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Dr. Schmidt (Gellersen)	**Sauter (Epfendorf)**
Vorsitzender	Berichterstatter